**Budget 2027 und Finanzplan 2027–2030**

Zusatzbericht und -antrag des Verwaltungsgerichts
vom 26. Oktober 2026

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Verwaltungsgericht beantragt dem Kantonsrat in der anstehenden Budgetberatung für die **Kostenstelle 6181** (Verwaltungsgericht, Verwaltung), Konto 301 (Löhne) gegenüber dem eingegebenen Budget von Fr. 1'411'500.– eine **Erhöhung um Fr. 200'000.–** um damit temporär im Jahr 2027 Aushilfspersonal auf Ebene Gerichtsschreiber und Kanzlei anstellen bzw. bestehendes Personal temporär aufstocken zu können.

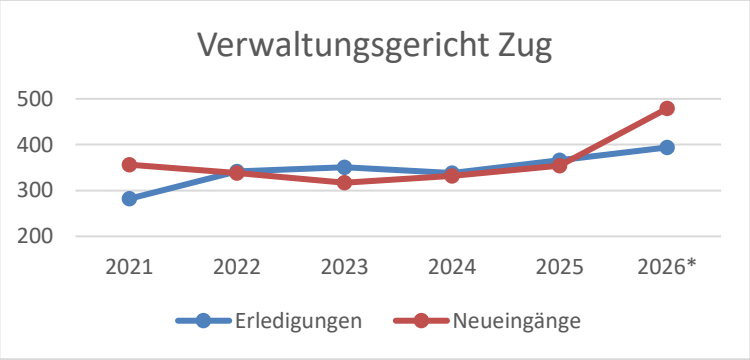
## 1. Begründung

Bei Verabschiedung des Budgets 2027 im Frühling 2026 war die Ausgangslage positiv:

- 2021 bis 2025 Neueingänge zwischen 317 und 356 Fällen, durchschnittlich 340 Fälle
- Erledigungen gesteigert von 282 im Jahr 2021 auf 366 im Jahr 2025
- Pendenzenlast gesenkt von 283 Ende 2021 auf 227 Ende 2025.

Im Jahr 2026 erfolgte jedoch ein starker, überraschender Fallanstieg, u.a. wohl als Effekt einer disruptiven Technologie, der künstlichen Intelligenz:

- Neueingänge in den ersten drei Quartalen 359 Fälle, hochgerechnet 480 Fälle pro 2026 (per Ende Oktober 2026: 410 Fälle), Tendenz noch steigend
- Erledigungen in den ersten drei Quartalen 295 Fälle, pro 2026 zu erwarten ca. 400 Fälle
- Pendenzen heute bei über 300 Fällen; d.h. Pendenzenaufbau von ca. 80 Fällen jährlich.




Weshalb werden bereits 2027 mehr Stellen benötigt:

➔ Quantitativ massiv mehr Beschwerdeverfahren; qualitativ mehr und längere Eingaben pro Verfahren, z.T. mit dem ganzen theoretisch möglichen Arsenal von Prozessanträgen etc.

➔ Gericht hat die intern möglichen Massnahmen umgesetzt und plant mittelfristig weitere Effizienzsteigerungen. Im Übergang braucht es aber dringend mehr Personal, damit sich die Pendenzen nicht summieren oder die Qualität leidet. Es werden 100-120 % Gerichtsschreiber zusätzlich benötigt sowie 20-30% zusätzlich im Sekretariat zur administrativen Verarbeitung. Wird der Budgetprozess 2028 abgewartet, lägen die Pendenzen wohl nahe 500 und wäre vermehrt mit noch längeren Verfahrensdauern zu rechnen, was wir nicht verantworten möchten.

## 2. Finanzielle Auswirkungen

2.1. Finanzielle Auswirkungen auf den Kanton

Der zusätzliche Aufwand im Budget 2027 beträgt Fr. 200'000.–. Da eine temporäre Personalaufstockung geplant ist, ändern sich die Angaben für die Finanzplanjahre 2028–2030 nicht.

2.2. Finanzielle Auswirkungen auf die Gemeinden

Für die Gemeinden ergeben sich keine direkten finanziellen Auswirkungen aus diesem Beschluss.

## 3. Antrag

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantragen wir Ihnen folgende Änderung im Budget 2027:

Erhöhung um Fr. 200'000.– für die Kostenstelle 6181 (Verwaltungsgericht, Verwaltung), Konto 301 (Löhne) gegenüber dem eingegebenen Budget von Fr. 1'411'500.

Zug, 26. Oktober 2026

Mit vorzüglicher Hochachtung
Verwaltungsgericht des Kantons Zug

Die Präsidentin: Dr. iur. Diana Oswald

Die Generalsekretärin: lic. iur. Claudia Meier

60/sl